

### Literatur

- Buestrich, Michael (1995): Die Verabschiedung eines Systems – Funktionsweise, Krise und Reform der Wirtschaft im realen Sozialismus am Beispiel der Sowjetunion, Münster u. a.
- Dillmann, Renate (2009): China – ein Lehrstück über alten und neuen Imperialismus, einen sozialistischen Gegenentwurf und seine Fehler, die Geburt einer kapitalistischen Gesellschaft und den Aufstieg einer neuen Großmacht, 3. Aufl., Hamburg.
- Held, Karl (1992): Die politische Ökonomie des realen Sozialismus – Planmäßige Zweckentfremdung von Lohn, Preis und Profit als Alternative zum Sozialismus, in: ders. (Hg.), Von der Reform des ›realen Sozialismus‹ zur Zerstörung der Sowjetunion, München, S. 29–44.

## Mit ökonomischen Hebeln in den Ruin

### Marktelemente im Realsozialismus – Voraussetzungen, Scheitern, politische Konsequenzen

#### Rüdiger Mats

Man kann sich realsozialistische Geschichte aus ganz unterschiedlichem Erkenntnisinteresse anschauen. Man kann es aus reinem Selbstzweck tun, aus Spaß an der Freude historischer Analyse. Man kann es tun, und das ist ein wesentlich häufiger vorzufindendes Motiv, um sich in der Betrachtung des realsozialistischen Zusammenbruchs noch einmal bestätigen zu lassen, dass Kapitalismus und bürgerlicher Staat die beste aller möglichen Welten darstellen. Oder man kann Realsozialismus betrachten mit dem Ziel, durch Analyse und Kritik dieser falschen Alternative zum Kapitalismus Erkenntnisse zu gewinnen für das Erkämpfen einer besseren. Ich denke, es ist im Sinne der Veranstalter, Realsozialismus in dieser letzteren Perspektive zu analysieren, als Teil einer Weiterentwicklung revolutionärer Theorie.

Jenseits dieser sehr wichtigen, grundlegenden Gemeinsamkeit hört der Konsens anscheinend allerdings auf. Denn die Veranstalter haben aus der realsozialistischen Geschichte eine Konsequenz gezogen, die im Folgenden einer Kritik unterzogen werden soll:

»Der zentrale Zusammenhang einer funktionierenden Übergangsgesellschaft wird wohl eine widersprüchliche Kombination von mikroökonomischen Marktstrukturen und makroökonomischen Planelementen sein müssen« (Einladungstext MASCH).<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Auch Linke wie Joachim Hirsch können in dieses Spektrum eingeordnet werden. Dass »eine technisch hochentwickelte Ökonomie nach dem derzeitigen Stand der Erkenntnisse und Erfahrungen ohne eine funktionierende Marktregulierung nicht auskommt« (Hirsch 1990: 178f.), ist jedoch nur dann eine unhinterfragbare Voraussetzung, wenn man zentrale problematische Grundannahmen der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre als Argument hinnimmt (»Knappheit« als Grundkategorie; die Vorstellung, der Markt tendiere zu einer vernünftigen Allokation von Gütern) und zum anderen das Walten des Marktes selbst gar nicht als gewaltsam, als Opfer produzierend wahrnimmt. Ähnlich auch Krüger in seinem Beitrag zu diesem Band. Es mag sein, dass der Markt Ressourcen effizienter verteilt als ein Plan. Diese Effizienz aber ist nach vernünftigen Maßstäben ihren Preis nicht wert.

Nicht nur wird hier ein ökonomisches Konzept favorisiert, das im schlechten Sinne widersprüchlich ist. Schon der Weg in eine Übergangsgesellschaft müsste wohl ganz anders aussehen, je nachdem, ob mit der »Koordinationsinstanz« Markt grundlegend gebrochen werden soll oder ob Marktelemente durch eine Planstruktur überformt werden sollen. Aus dem inhaltlichen Dissens dürfte also auch ein strategischer folgen.

Ich hoffe, ich habe an dieser Stelle schon deutlich gemacht, dass es mir bei der Betrachtung »ökonomischer Hebel« im Realsozialismus *nicht* darum geht, einen vielversprechenden, aber leider von den realsozialistischen Führungen nicht weiter verfolgten Reformansatz erst in seinem Entstehungskontext darzustellen, um ihn dann für anschließende sozialismustheoretische oder strategische Überlegungen fruchtbar machen zu wollen. Ich werde umgekehrt zu zeigen versuchen, warum das ein Irrweg ist.

Andererseits aber will ich auch nicht, wie das von Renate Dillmann in ihrem Vortrag in Bezug auf China vertreten wurde, die Übernahme von Elementen kapitalistischer Ökonomien, von Geld und Markt und Ware, als den Grundfehler, sozusagen die Ursünde des Realsozialismus darstellen. Zwar handelt es sich, hier stimme ich Dillmann zu, um eine Sackgasse. Die grundlegenden Probleme des Realsozialismus lassen sich jedoch nicht allein auf diese Entscheidung für Marktelemente zurückführen, weswegen man auch nicht sagen kann, dass ohne diese falsche Entscheidung die Sowjetunion heute (oder noch heute) ein Arbeiterparadies wäre. Umgekehrt: Grundlegende Probleme des Realsozialismus führten gerade zu der falschen Entscheidung, es mit Geld und weiter mit marktwirtschaftlichen Reformen zu versuchen. Lässt man diesen Kontext realsozialistischer Politik weg, erscheint diese als Resultat letztlich unerklärlicher Irrtümer.

## Teil I: Historisches

### *Das Jahr 1921 und die Urform »ökonomischer Hebel«*

*Es gibt ein Foto aus dem März des Jahres 1921. Eine große Zahl Männer ist darauf zu sehen, es mögen hundert oder hundertfünfzig sein. Ihr Alter ist schwer zu schätzen, die meisten dürften zwischen zwanzig und dreißig sein, fünfunddreißig vielleicht. Sie tragen riesige Mützen und wilde Hüte und sind gezeichnet von Krieg und Bürgerkrieg: mit Augen, die viel Schreckliches gesehen haben, hohlwangig die meisten, keiner dick. Sie sind gruppiert um ein Zentrum, das auf den ersten Blick ein wenig leer zu sein scheint, bis man merkt, dass dort Lenin und Trotzki stehen. Müde wirken die Männer, einige vor allem entschlossen, andere eher zuversichtlich, zwei lächeln sogar,*

*vielleicht, weil sie neben Lenin stehen dürfen. Die Männer sind Delegierte des zehnten Parteitages der Kommunistischen Partei Russlands, des Parteitages, der eine Stärkung der Gewerkschaften ablehnte, der den Markt als Mittel sozialistischer Politik einführte und der Fraktionsbildungen in der KPR verbot. Es sind auf diesem Foto nicht alle Delegierten zu sehen. Es sind nur diejenigen, die an den Tagen zuvor von Trotzki organisiert an der blutigen Niederschlagung des Kronstädter Aufstandes teilgenommen hatten. Zum Zeitpunkt des Parteitages wird noch gekämpft. Trotzki selbst wurde später unter Stalin aus dem Bild entfernt und durch eine hereinretuschierte andere Person ersetzt.*

Der zehnte Parteitag der KPR am 8./9. März 1921 und die ihn vorbereitenden und begleitenden Diskussionen waren zentral für die weitere Geschichte der Sowjetunion und des Kommunismus. Das gilt auch für die ökonomischen Beschlüsse, die die erste Phase der »Neuen Ökonomischen Politik« einleiteten: Das staatliche Getreidemonopol wurde aufgehoben und die absolute Ablieferungspflicht für landwirtschaftliche Produkte durch eine (Natural-)Steuer ersetzt, die wesentlich niedriger angesetzt war als die Kontingente zuvor. Die Bauern konnten nun Überschüsse auf den Markt bringen, um Gewinne zu machen. Die über die Naturalsteuer hinaus benötigten landwirtschaftlichen Produkte sollte der Staat mit Hilfe der Genossenschaften auf lokaler Ebene gegen Industrieprodukte eintauschen. Während Finanz- und Transportwesen, Schwerindustrie sowie der Außenhandel unter Kontrolle des Staates blieben, konnten kleinere und mittlere Industriebetriebe wieder privatisiert werden. Das ging so weit, dass in der Folgezeit Betriebe an ihre ehemaligen Eigentümer zurückgegeben wurden, soweit diese die Revolution überlebt hatten und nicht emigriert waren.

Das Ziel dieser »Neuen Ökonomischen Politik« war es, das ökonomische Eigeninteresse der Privatbesitzer – mochten sie der Revolution zustimmend gegenüberstehen oder nicht – für die Revolution einzuspannen. Das ist der Grundgedanke »ökonomischer Hebel« in einer Planwirtschaft überhaupt, eine Urform dieses Konzeptes sozusagen, unter unsystematischen, ungeordneten Bedingungen, die später in modifizierter Form wieder aufgenommen wurde: der Versuch, gesellschaftliche Institutionen so zu organisieren, dass das Eigeninteresse der ökonomischen Subjekte sie quasi automatisch dazu bringt, im Sinne des Gesamtplans zu handeln.

Dabei sollte es sich 1921 allerdings um eine Doppelstrategie handeln, nicht um eine eigentliche »Vermarktwirtschaftlichung« der sozialistischen Ökonomie: Nicht nur blieben Betriebe der Schwerindustrie und des Energiesektors in staatlicher Hand; darüber hinaus war schon im Februar 1921 die Staatliche Plankommission (Gosplan) gegründet worden, mit der

Aufgabe, einen einheitlichen gesamtstaatlichen Wirtschaftsplan auszuarbeiten, um dem Planmoment in der Ökonomie mehr Kraft zu verleihen.

Die Ereignisse rund um den X. Parteitag werden heute ganz unterschiedlich bewertet. Während das Fraktionsverbot und die Niederschlagung des eigentlich gar nicht als Aufstand gedachten Matrosen- und Arbeiterprotestes in Kronstadt heute in Verruf geraten sind (zumindest jenseits leninistischer Nostalgievereine), wird die NÖP bis in die parlamentarische und universitäre Linke hinein durchaus positiv gesehen:

»Es ging darum, Gesellschaft wiederherzustellen, nach dem Bürgerkrieg den Bürgerfrieden zu schaffen; statt mit militärischen – mit friedlichen, statt mit administrativen – mit ökonomischen Hebeln und Methoden die weitere Entwicklung zu gestalten. Es sollte der Lebensstandard in den Städten und auf dem Lande angehoben werden – ein rein humanes Anliegen« (Plener 2007: 1037).

Dass eine Wissenschaftlerin aus dem Umkreis der Linkspartei nicht nur die Einführung von Marktelementen als völlig unproblematisch ansieht, sondern auch so tut, als hätten die NÖP und Kronstadt, die Freiheit des Marktes und das faktische Verbot freier Meinungsäußerung in der bolschewistischen Partei gar nichts miteinander zu tun, zeigt die Dominanz der in der Einleitung genannten marktaffirmativen Position in der Linken.

Die Bolschewiki selbst waren verglichen damit recht kritisch bezogen auf die »Nutzung« des Marktes im Sozialismus. Vor der Revolution wäre ihnen ein solches Vorgehen vermutlich zweifelhaft erschienen. Zwar finden sich in der bolschewistischen ökonomie- und gesellschaftstheoretischen Tradition – wie in der der alten Sozialdemokratie überhaupt – genug Anlässe für eine Kritik: eine defizitäre Kapitalismuskritik, die hinter Marx zurückfiel, eine mechanistische Vorstellung von Gesellschaft und Geschichte, Freiheit als Einsicht in eine quasi naturgesetzliche Notwendigkeit (vgl. z. B. Wiards 2001: 189–246). Doch findet sich in den Jahren um die Revolution in dieser Tradition durchaus Vernünftiges:

»Die kommunistische Produktionsweise setzt [...] nicht die Produktion für den Markt voraus, sondern für den eigenen Bedarf. Nur erzeugt hier nicht jeder Einzelne für sich selbst, sondern die ganze riesengroße Genossenschaft für alle. Folglich gibt es hier keine Waren, sondern bloß Produkte. Diese erzeugten Produkte werden nicht gegeneinander eingetauscht; sie werden weder gekauft noch verkauft. Sie kommen einfach in die gemeinschaftlichen Magazine und werden denjenigen gegeben, die sie benötigen. Das Geld wird also hier unnötig sein« (Bucharin/Preobraschenskij 1919: 138).

Diese Position wurde tendenziell von der ganzen Parteiführung geteilt – Uneinigkeit bestand nur darüber, in welchem zeitlichen Horizont entscheidende Fortschritte in dieser Richtung zu erzielen waren.

So schreibt Lenin in Staat und Revolution, 1917 noch vor der Oktoberrevolution verfasst, dass mit der erfolgreichen Revolution bereits die »erste Phase der kommunistischen Gesellschaft« beginne; Staat und Recht könnten in dieser Phase allerdings noch nicht absterben. In den Betrieben sei Rechnungsführung und Kontrolle notwendig, die Arbeiter bekämen zudem in dieser Phase noch ein Entgelt nach Arbeitsstunden, was den Einzelnen ungleiche Gütermengen zuweise. Die in diesem Konzept der Übergangsgesellschaft erhaltenen Momente von Herrschaft sind nach Lenin zwar unvermeidlich, aber doch ein Missstand:

»Diese ›Fabrik‹disziplin, die das siegreiche Proletariat nach dem Sturz der Kapitalisten, nach Beseitigung der Ausbeuter, auf die gesamte Gesellschaft erstrecken wird, ist nichts weniger als unser Ideal oder unser Endziel, sie ist nur eine Stufe, die notwendig ist zur radikalen Reinigung der Gesellschaft von den Niederträchtigkeiten und Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung, eine Stufe, um weiter vorwärtsschreiten zu können« (Lenin 1918: 488). Da aber immerhin schon das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft sein werde, gebe es schon in dieser Phase keine Ausbeutung mehr.

Wenn diese Positionen, der »Linken« um Preobraschenskij einerseits und Lenins andererseits, die Spannbreite bolschewistischer Zielvorstellungen umreißen – wie mussten die Bolschewiki dann zur Wiedereinführung von Markt, von Kapital sogar, stehen? Vor diesem Hintergrund war die NÖP selbstverständlich als Rückschritt zu interpretieren – und zwar ganz unabhängig von ihrem ökonomischen Erfolg. Sie konnte, so Lenin, »vom Standpunkt unserer Linie [...] nur als eine sehr schwere Niederlage und ein Rückzug bezeichnet werden« (Lenin 1921b). Der Versuch, sich »den Kapitalismus zunutze zu machen«, sei nur dadurch motiviert, dass »wir noch nicht imstande sind, den unmittelbaren Übergang von der Kleinproduktion zum Sozialismus zu verwirklichen« (Lenin 1921a: 77).

Auch die »Linken« in der Parteiführung dieser Jahre – wie Bucharin und Preobraschenskij – sahen keine Möglichkeit, die gesamte Ökonomie unter direkte staatliche Kontrolle zu bringen. Eine »Nationalisierung« der Kleinindustrie sei »unter keinen Umständen zulässig, erstens, weil wir selbst nicht imstande wären, die zersplitterte Kleinproduktion zu organisieren, und zweitens, weil die kommunistische Partei den vielen Millionen Kleinunternehmern kein Leid zufügen will und darf« (Bucharin/Preobraschenskij 1919: 451).

Die Oktoberrevolution war für die Bolschewiki relativ überraschend

gekommen, hatte doch noch kurz zuvor in der Partei ein Streit darüber getobt, ob man in einem unterentwickelten Land wie Russland nicht grundsätzlich vor einer sozialistischen Revolution die volle Durchsetzung einer bürgerlichen Gesellschaft abwarten müsse. Trotzdem hatten sie schnell reagiert: Das Privateigentum an den wesentlichen Produktionsmitteln (Industrie, Großgrundbesitz, Banken, Verkehrswesen) wurde abgeschafft, es wurde versucht, Produktion, Verteilung und Verbrauch zentral zu steuern. Das »Dekret über Grund und Boden« vom 26. Oktober 1917 überführte das private Grundeigentum in den Besitz von Dorfbagrar Komitees und Kreisbauernsowjets; de facto hatte aber nun jeder Landbewohner das Recht auf einen Anteil am Boden, was die Entstehung kleiner Privatwirtschaften begünstigte. Hier war die Angst vor einer Opposition der Bauern entscheidend, obwohl eine zersplitterte Agrarwirtschaft sich mit einem Zentralplan schlecht vertrug.

Die Zerstörungen durch Bürgerkrieg bzw. Krieg waren dabei verheerend. Bereits 1921 musste Russland eine große Anzahl von Traktoren aus dem kapitalistischen Ausland importieren, um dringend benötigte Lebensmittel herstellen zu können; Hunger herrschte trotzdem immer wieder. Die Frage, ob man zuerst und vor allem die Landwirtschaft entwickeln solle, um gegebenenfalls Überschüsse zu exportieren, oder die Schwerindustrie, um von Importen schneller unabhängig zu werden (und die Landwirtschaft noch besser entwickeln zu können), war eine der zentralen Fragen in der ökonomischen Debatte der frühen Sowjetunion (Pollock 1971, Erlich 1971, Wolter 1976). Nur brauchte man für beides importierte Produktionsmittel. Ein völliger Verzicht auf Austausch mit dem kapitalistischen Ausland hätte zu einer dramatischen Verschärfung der ohnehin schon schlechten Versorgungslage geführt. Von Anfang an ging es im Realsozialismus also darum, Mangel zu verwalten und einem überlegenen Gegner hinterherzulaufen.

Und ein weiterer historischer Umstand, der sowohl den Import aus dem Kapitalismus nahelegte, als auch die Entwicklung der Produktivkraft hemmte: Die Realsozialisten mussten, wollten sie an ihrem Programm festhalten, mit einer Bevölkerung zurechtkommen, die diesem Programm zu großen, wenn nicht überwiegenden Teilen neutral bis feindlich gegenüberstand. Das galt für die russischen Bauern, besonders galt das in Bezug auf Mitglieder der alten Führungsschichten – und auch dieses Problem sollte nach 1945 in den RGW-Staaten wieder aufleben.

Der nach Maßstäben einer industriellen Planwirtschaft unzureichende Entwicklungsstand wurde durch den Bürgerkrieg zusätzlich stark abgesenkt. Die Zahl der Arbeiter war zwischen 1913 und 1920 von 2,6 auf 1,6 Millionen gesunken (Holländer 1974: 39), die Stahlproduktion von 4,3 auf 0,2 Millionen Tonnen, die Erdölförderung von 10,3 auf 3,9 und

die der Kohle von 29,2 auf 8,7. Das bedeutete, dass Industrieprodukte nicht annähernd in ausreichender Menge hergestellt werden konnten, weder Produktionsmittel zum Ausbau der Industrie noch Werkzeuge, Maschinen und Konsumgüter für die Landbevölkerung (Nolte 2006).

Was die Städte benötigten, wurde in dieser ersten, »Kriegskommunismus« genannten Phase nach 1917 in der Regel ohne Gegenleistung durch bewaffnete Arbeitercorps auf dem Land requiriert. Ein großer Teil der landwirtschaftlichen Produkte aber wurde auf dem illegalen Markt verkauft. Nach offiziellen Statistiken betrug der Anteil der Lebensmittel, die 1919 offiziell auf Bezugsscheine erworben wurden, in Arbeiterfamilien nur 36 Prozent der gesamten Lebensmittelversorgung, in Angestelltenfamilien 33 Prozent. Der Großteil der Versorgung lief über den Schwarzmarkt (Nolte 2006).

Im Herbst 1920 beschloss der von der Linken dominierte 8. Rätekongress noch einmal eine Ausweitung des administrativen Wirtschaftssystems auf das Land: Die Bestellung der Bodenfläche sollte durch einen staatlichen Aussaatplan geregelt werden, der für alle Bauern zur Pflicht erklärt wurde. Doch es gab nun etwa 18 Millionen bäuerliche Betriebe, die nicht wirklich gezwungen werden konnten, sich an einen Plan zu halten, den irgendjemand in Moskau beschlossen hatte. Die Bauern weigerten sich, in die Städte zu liefern. Der Getreidemarkt brach zusammen, wieder kam es zu Hungersnöten. Infolge von Brennstoffmangel blieben Wohnungen, Fabriken, Werkstätten und Büros trotz des harten Winters ohne Beheizung. Viele Arbeiter verließen für Tage ihre Maschinen, um in der Umgebung Holz zu sammeln oder um im Tausch für Materialien, die sie aus den Fabriken mitgenommen hatten, Nahrungsmittel aufzutreiben.

Schlechte Versorgung, weiterhin Krieg und ein Abrücken von den politischen Versprechungen der vorrevolutionären Phase – aus dieser Konstellation kam es nicht nur zur Bildung der »Arbeiteropposition« innerhalb der kommunistischen Partei (Kool 1967), sondern auch zu mehreren, nicht einmal eindeutig antikommunistischen Streiks der Petrograder Industriearbeiter und schließlich zum Aufstand der Matrosen von Kronstadt, die den bestehenden, bolschewistisch dominierten Räten absprachen, den Willen der Arbeiter und Bauern zu repräsentieren. Sie forderten Neuwahlen mit geheimer Stimmabgabe und erklärten sich mit protestierenden Bauern solidarisch. Die meisten von ihnen bezahlten diese Forderung mit dem Leben.

Nicht nur folgten die Gewalt innerhalb der Partei, die Gewalt gegenüber den Protestierenden und die Freigabe marktwirtschaftlichen Handelns der gleichen Logik, zum Schutz der Revolution notfalls auch auf essenzielle Inhalte der Revolution zu verzichten. Mehr noch: Gerade

weil die alten Bolschewiki noch eine Ahnung von der Dynamik marktwirtschaftlicher Prozesse hatten, erschien ihnen bedingungslose Ruhe an den anderen Fronten als Voraussetzung dafür, dass die von ihnen hier auf den Weg gebrachte sozusagen kapitulative Reform nicht aus dem Ruder lief. Umgekehrt brachte das Kronstädter Bedrohungsszenario vermutlich viele Parteilinke dazu, aus Angst vor einem endgültigen Scheitern der Revolution auf Lenins Linie umzuschwenken.

### *Die Folgen der Neuen Ökonomischen Politik*

Unter den Verhältnissen des Marktes und der Warenwirtschaft konnten sich die einzelnen Wirtschaftszweige zunächst umso rascher entwickeln, je primitiver die Technologie war, auf der sie basierten, und je weniger Kapital und Material sie zu ihrer Inangsetzung benötigten. Deshalb konnte sich die Landwirtschaft am schnellsten erholen, gefolgt von Kleinindustrie und Hausgewerbe, die Gegenstände des täglichen Bedarfs herstellten und ihre Produkte auf dem Markt rasch umsetzen konnten, insbesondere nachdem die reiche Ernte des Jahres 1922 eine starke bäuerliche Nachfrage nach Gebrauchsartikeln mit sich brachte. Die Produktion der von der NÖP erfassten Wirtschaftssektoren erreichte bereits 1924 ca. 90 Prozent des Vorkriegsstandes. Die Schwer- und Investitionsgüterindustrie konnte ihre Produktion demgegenüber nur langsam steigern (Lorenz 1976: 18).

Dass es der Neuen Ökonomischen Politik schnell gelang, die Wirtschaft wiederzubeleben, gab zunächst zu Optimismus Anlass. Auf dem 11. Parteitag Ende März 1922 proklamierte Lenin schon das Ende des »Rückzuges«: »Nun setzen wir uns ein anderes Ziel: die Kräfte umzugruppieren« (Lenin 1922: 266).

Doch schon bald entpuppte sich die Hoffnung, es werde ökonomisch kontinuierlich aufwärtsgehen, als Illusion (Haumann 1983: 737ff.). Die Bauern warfen Anfang 1923 einen besonders hohen Anteil ihrer Erzeugnisse auf den Markt. Sie verfügten jetzt frei über ihr gesamtes Produkt, weil die Naturalsteuer in eine Geldsteuer umgewandelt worden war. Als sich im Sommer 1923 erneut eine gute Ernte abzeichnete, wurden die Reserven und eingelagerten Vorräte aus dem vergangenen Jahr massenhaft auf den Markt geworfen. Der Getreidepreis fiel rapide, so dass die relative Kaufkraft auf dem Land sank. Zahlreiche Bauern griffen wieder stärker auf die Erzeugnisse ländlicher, nicht industrieller Nebenbetriebe zurück. Die staatliche Industrie hatte zugleich unter Absatzschwierigkeiten zu leiden. Da aufgrund dieses geringen Absatzes die Einnahmen, mit denen man gerechnet hatte, ausblieben, konnten in vielen Betrieben die Löhne nicht rechtzeitig ausbezahlt werden. Aufgrund des Rückzuges der Bauern

vom offiziellen Markt hin zum Schwarzmarkt stieg der Getreidepreis zwar langsam wieder, diese Steigerung traf aber auf Arbeiter, die immer noch mit ausbleibenden Löhnen zu kämpfen hatten und nun mehr für Nahrungsmittel zahlen sollten. Russland wurde daraufhin von einer Streikwelle erfasst, die nur mühsam wieder eingedämmt werden konnte.

Die Regierung sah ihre einzige Chance in einer weiteren Ankurbelung der landwirtschaftlichen Produktion, um die Nahrungsmittelpreise niedrig zu halten. Im Frühjahr 1925 wurde es offiziell wieder zugelassen, Grund und Boden zu verpachten und landwirtschaftliche Arbeiter einzustellen.

1925/26 wurde durch Gosplan der erste gesamtwirtschaftliche Jahresplan erstellt – und scheiterte völlig. Obwohl die Ernte erwartungsgemäß gut war, konnte nur etwa ein Drittel der erwarteten Getreidemenge exportiert werden; zahlreiche Investitionsprojekte, die aus dem Erlös hätten bezahlt werden sollen, blieben unrealisiert. Grund war die bewusste Zurückhaltung von Getreide durch die Bauern bzw. der Verkauf auf dem Schwarzmarkt, ein nach marktwirtschaftlichen Kriterien völlig rationales Verhalten. Schließlich war das Güterangebot gerade auf dem Land immer noch unbefriedigend, und es gab genug Anlass, auf später steigende Getreidepreise zu hoffen und das Getreide bis dahin im Lager zu halten.

Damit war die Führung vor die Alternative gestellt, den Getreideengpass mit marktwirtschaftlichen Mitteln zu überwinden – oder mit Zwangsmaßnahmen, also mit Maßnahmen *gegen* den Markt. Auch wenn sich eine durchaus starke Strömung für eine Ausweitung der NÖP als Instrument gegen die Krise aussprach (die Parteilinke war von Stalin schon vorher ausgeschaltet worden), entschied sich die bereits bestimmende Gruppe um Stalin für Preisfestsetzungen und die Beschlagnahme von Getreide.

In einem partiell marktwirtschaftlichen System haben Beschlagnahmen und Preisfestsetzungen eine destabilisierende Wirkung. Die Produzenten können selbst bei eigentlich lohnender Produktion nicht mehr davon ausgehen, dass sie die Auslagen für Produktionsmittel zurückerwirtschaften werden, Flucht in »Sachwerte« und die Ausweitung des Eigenkonsums sind naheliegende Folgen. Die russische Führung verstärkte daraufhin die Zwangsmaßnahmen, von Beschlagnahmen bis zu strengen Strafen für »Spekulant«n, mit der Konsequenz einer zunehmend antisowjetischen Stimmung auf dem Dorf – und einer weitergehenden Verweigerung der Landbevölkerung gegenüber einer Einbeziehung in die planwirtschaftlichen Versuche. Als die staatlichen Getreideverkäufer im Winter 1927/28 wieder Schwierigkeiten hatten, in ausreichender Menge Getreide aufzukaufen, fasste die Führung den Beschluss, die NÖP durch einen scharfen Einschnitt zu beenden.

### *Die Abwendung von den »ökonomischen Hebeln« unter Stalin*

Die stalinistische Wirtschaftspolitik der nächsten Jahre war vor allem durch drei Elemente gekennzeichnet: Verstaatlichung aller nichtagrari-schen Wirtschaftszweige, Durchführung einer radikalen Industrialisie-rung, vor allem in Gestalt einer Förderung der Schwerindustrie – und zwangsweise Kollektivierung der Landwirtschaft.

Die Privatbauern wurden in mehreren Stufen gezwungen, Sowchosen und Kolchosen beizutreten, verschiedenen Formen der Kollektivbewirt-schaftung. Der Widerstand gegen diese Maßnahmen war stark, auch bei den mittleren Bauern, die nach heutigen Maßstäben nicht entfernt als Kapitalisten bezeichnet werden konnten. Dieser Widerstand wurde brut-al gebrochen. Die Folge von Verhaftungen, Vertreibungen und anderen Zwangsmaßnahmen sowie Kompetenzmangel in den neu gebildeten Kollektivwirtschaften war eine riesige Hungersnot, der im ganzen Land mehrere Millionen Menschen zum Opfer fielen; genaue Zahlen sind nicht bekannt. Allein in der Ukraine sollen etwa 3,5 Millionen Menschen gestorben sein (Bloxham/Moses 2010: 396).

In der stalinistischen Ökonomie spielte die Anwendung »ökonomi-scher Hebel« keine wesentliche Rolle. Die Betriebe wurden zu großen Einheiten zusammengefasst, diese wiederum von einem Ministerium in Moskau direkt angeleitet: Von dort bekam man gesagt, wie viel eines bestimmten Gutes bis wann hergestellt werden musste. Die offiziell beibehaltene Rechnung in »Geld« und die Zahlung von »Löhnen« hatte vor allem herrschaftstechnische Vorteile. Gerade das scheinbar Natur-gesetzliche, das die Lohnform in sich hat, ist von Vorteil, wenn es vor allem darum gehen soll, den Konsum der Massen zu beschränken. Nachdem der schlimmste Mangel nach dem Weltkrieg überwunden war, konnten so wieder Lohnsummen zur »freien« Verwendung ihrer Emp-fänger ausgezahlt werden, anstatt knappe Güter zuzuteilen bzw. vorzu-enthalten – wobei das materielle Ergebnis gleich mager blieb. Die Preise waren dabei administrativ festgesetzt, schwankten nicht und waren so nur ein anderer sprachlicher Ausdruck einer bestimmten Gütermenge, also etwas ganz anderes als Preise im Kapitalismus.

Dass diese weitgehend ohne Marktelemente funktionierende Ökono-mie bald nach dem Zweiten Weltkrieg in ernste Schwierigkeiten geriet, wird von bürgerlichen Historikern mit der Unflexibilität von zentraler Planwirtschaft überhaupt erklärt (z. B. Wolle 2005: 52) Es muss angesichts dessen noch einmal daran erinnert werden, dass die Sowjetökonomie un-ter Stalin enorme Zuwächse bei allen Produktionskennziffern und insbe-sondere bei der Produktivkraft der Arbeit erzielte. Allerdings in einer be-sonderen historischen Phase, in der es durchgängig um Industrialisierung

(Sowjetunion der 30er Jahre) bzw. Reindustrialisierung ging (aufgrund der Verwüstungen, die die Wehrmacht in Osteuropa angerichtet hatte).

Dieser ökonomische Fortschritt wurde rücksichtslos auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen – erst in Russland, dann auch in den mi-litärisch hinzugewonnenen »Bruderstaaten«. Arbeitszeit, Arbeitsinten-sität und gesundheitliche Belastungen stiegen über das in entwickelten kapitalistischen Staaten durchgesetzte Niveau an, die Löhne blieben dagegen zurück. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Führung um Stalin damit ein moralisches Problem hatte. Ein legitimatorisches Pro-blem und damit letztlich eines des Herrschaftserhalts ergab sich mit der Zeit dennoch, und das wurde sofort nach Stalins Tod im März 1953 innerhalb der realsozialistischen Führungen entsprechend diskutiert. Die Wohnungsnot in der UdSSR aufgrund von Zerstörungen und Land-flucht, ein allgemein geringes Versorgungsniveau unter Vorkriegsstand und auch der Aufstand von 1953 in der DDR aufgrund von Erhöhungen von Arbeitsnormen ließen Handlungsbedarf erkennen.

Das folgende Jahrzehnt war geprägt von Diskussionen innerhalb der so-wjetischen Führung um die Frage, ob jetzt nicht endlich das Konsumniveau der Bevölkerung angehoben werden müsse. Die Gegner dieser Auffassung setzten sich vorerst durch, die Konzentration der Ökonomie auf Auswei-tung der Produktion blieb bestehen. Umso besorgniserregender war, dass sich nach einigen Erfolgen Anfang der 60er Jahre z. B. in der DDR heraus-stellte, dass die angestrebten Zuwächse nicht erreicht werden konnten und dadurch das Plangefüge insgesamt nicht aufging: Die Steigerungsraten in der Landwirtschaft blieben hinter dem Plan zurück, der Mechanisierungs-grad sank sogar wieder. In der DDR mussten Grundnahrungsmittel wie Butter wieder rationiert werden, die Versorgungslage schien in Teilbe-reichen schlechter zu sein als Mitte der 50er Jahre. Die Verschuldung im kapitalistischen Ausland stieg gleichzeitig auf 670 Mio. Valutamark (Steiner 2007: 113ff.). Waren die Güter, die entgegen dem Plan nicht hergestellt worden waren, im Folgezeitraum an anderer Stelle verplant, ergab sich ein Schneeballeffekt, der den ganzen Plan zunichte machen konnte.

Es gab verschiedene plankonforme Reformversuche in dieser Zeit, die jedoch alle nicht viel bewirkten: Chruschtschow z. B. versuchte die Planung zu dezentralisieren, was zu massiven Koordinationsschwie-rigkeiten und verschärften Interessengegensätzen zwischen örtlichen Funktionären und Zentrale führte (Deutscher 1982: 126ff.). Zu den systemkonformen Reformversuchen zu zählen ist auch die Zwangs-kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR 1960, die das Ende der Kleinbauernwirtschaft in der DDR bedeutete und zu einer Flucht hun-derttausender Bauern ins kapitalistische Westdeutschland führte. Auch der Bau der Mauer ist in diesem Kontext zu sehen.

### Die Rückkehr der »ökonomischen Hebel«

Den meisten realsozialistischen Ökonomen wurde aufgrund der Produktionszahlen deutlich, dass derartige Maßnahmen und Reformen nicht ausreichten. Ein Meilenstein in der ökonomischen Diskussion über die zu ziehenden Konsequenzen war ein Artikel des russischen Ökonomen Liberman in der *Prawda* unter dem programmatischen Titel »Plan, Gewinn, Prämie« im September 1962 (Liberman 1962).

Ein Kernproblem der realsozialistischen Ökonomie sei, so Liberman, dass das Einzelinteresse der Leitungen (Planerfüllung und Prämienzielung) und das Interesse der Gesellschaft (möglichst effektive Produktion von Gebrauchswerten) nicht in Übereinstimmung stünden. Die Betriebsleitungen versuchten auf dem Verhandlungsweg »weiche«, also leicht zu erreichende Pläne zu vereinbaren, verschwiegen zu diesem Zweck Ressourcen sowie Produktionspotenziale und forderten mehr Investitionsgüter als materiell nötig, um eine Reserve für den Notfall der Planverfehlung anlegen zu können. Die von Liberman gezogene Konsequenz stellte ein Novum in der Planwirtschaft dar: eine Neubestimmung der Idee »ökonomischer Hebel«. »Was für die Gesellschaft nutzbringend ist, muss auch jedem Betrieb nützlich sein, und umgekehrt, was nicht vorteilhaft für die Gesellschaft ist, muss äußerst unvorteilhaft für die Belegschaft eines Betriebs sein« (Liberman 1962: 15).

Das Anreizsystem müsse so aussehen, dass die Betriebe, ja selbst die einzelnen Werkgruppen ein ökonomisches Eigeninteresse an der Herstellung bedarfsgerechter Produkte entwickelten, was eine administrative Überwachung wie bisher weitgehend überflüssig mache.

Es liegt nahe, in Libermans Vorstellung eine Orientierung an dem Bild der »unsichtbaren Hand« Adam Smiths zu finden, welche dessen Ansicht nach im Kapitalismus den Unternehmer dazu bringe, »einen Zweck zu fördern, der ihm keineswegs vorschwebte«, nämlich die Förderung des »allgemeinen Wohls« (Smith 2009: 524) – im Übrigen eine Idyllisierung realer kapitalistischer Interessengegensätze. Nur dass Liberman sich diese »Hand« als Teil eines sozialistischen Systems von Institutionen dachte. Aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Situation bedeuteten »ökonomische Hebel« in der Diskussion der 60er Jahre etwas anderes als zur Zeit des zehnten Parteitages der KPR: In den 20er Jahren, als die Revolution noch nicht gesichert war und längere Erfahrungen mit Planungsmechanismen fehlten, sollten Marktelemente durch die partielle Wiederzulassung klassisch kapitalistischen Wirtschaftens für den Sozialismus nutzbar gemacht werden und unmittelbare materielle Not beheben. In den 60er Jahren sollten sie, eingebettet in ein System sozialistischer Institutionen, innerhalb des planwirtschaftlichen Systems

und unter der Bedingung von Kollektiveigentum für eine allgemeine Leistungssteigerung sorgen, also ohne dass es dafür wie 40 Jahre zuvor einer Kapitalistenklasse bedurft hätte – und ohne die politischen Risiken, die das Wirken von Kapitalisten für eine sozialistische Gesellschaft und den Machterhalt der realsozialistischen Führung bedeutet hätte.

Die Herstellung eines solchen Eigeninteresses erforderte automatisch einsetzende ökonomische Sanktionen im Falle eines wirtschaftlichen »Fehlverhaltens«, Sanktionen, die nicht erst durch eine wachsame Planbehörde ausgelöst werden mussten. Zu diesem Zweck mussten Preise im Sozialismus eine im Vergleich zu den Jahrzehnten zuvor neue Funktion erfüllen: Sie sollten ein Ausdruck für den zur Produktion einer Sache erforderlichen gesellschaftlichen Aufwand sein, dann könne der Gewinn eines Betriebes darüber Auskunft geben, ob dieser im Sinne der Gesellschaft gut gewirtschaftet habe, nämlich sowohl ressourceneffizient als auch nachfragegerecht.

Von solchen Überlegungen ausgehende Reformversuche begannen nun in unterschiedlicher Stringenz in allen Ländern des RGW. Und es ist diese Reformzeit, die in Abgrenzung zur stalinistischen Ökonomie oder den späten Jahren des Realsozialismus von vielen Linken in der Linkspartei als anknüpfungsfähig hochgehalten wird.<sup>2</sup>

Am weitesten in diese Richtung<sup>3</sup> gingen die Tschechoslowakei (vgl. Teichowa 1988: 112–128) und vor allem die DDR unter Ulbricht mit dem Neuen Ökonomische System der Planung und Leitung (NÖS) nach dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963. Nachdem sich abgezeichnet hatte, dass es in der Sowjetunion keine grundlegende Reform nach Libermans Vorstellungen geben würde, hatte Ulbricht Chruschtschow überredet, als Gast auf dem Parteitag der SED zu sprechen. »Die Verkündung von Ulbrichts Reformabsichten war damit durch Chruschtschows Anwesenheit gewissermaßen sanktioniert« (Roesler 2012). Es sollte aus den Volkseigenen Betrieben etwas machen, was man heute vielleicht Profitcenter nennen würde: Die Betriebe sollten über eigene Mittel verfügen dürfen und selbständig Austauschbeziehungen eingehen; Prämien für die Belegschaft und vor allem Investitionen sollten nur noch zum Teil aus Staatsmitteln und überwiegend aus dem Gewinn des Betriebs

<sup>2</sup> Vgl. etwa Wagenknecht: Im Zuge eines Widerrufs älterer lobender Aussagen zu Teilen der stalinischen Politik (Wagenknecht 2009) nimmt sie die ulbrichtischen Reformen von diesem Widerruf explizit aus und legt nahe, dass gerade die Abkehr davon den Untergang der DDR beschleunigt, wenn nicht ausgelöst habe.

<sup>3</sup> Einen Sonderfall stellt die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung dar, die schon in den frühen 50er Jahren institutionell verankert wurde. Die Einführung war stark durch den Konflikt mit der Sowjetunion bedingt; die auftretenden Probleme nahmen im föderal organisierten Jugoslawien die Form regionaler Gegensätze an.

finanziert werden; die Staatszuschüsse wiederum sollten nur als Kredit gezahlt werden und sich in der Höhe ebenfalls nach der Rentabilität der Betriebe richten (Steiner 2007: 130f.).

### *Erneutes Scheitern*

Wenn man ein Beispiel dafür sucht, wie selbst begrenzte Marktmechanismen in kürzester Zeit eine gesamtgesellschaftliche Planung ad absurdum führen, kann man die DDR in den 60er Jahren analysieren.

Der Gesamtplan als Instrument der direkten Einflussnahme insbesondere des Politbüros der SED blieb erhalten. Ziel war es nun jedoch, die Richtung der »unternehmerischen« Entscheidungen der Betriebe bzw. Kombinate planerisch zu antizipieren und die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sie in der von den Planern gewünschten Richtung getroffen würden. Die zentrale Bedeutung des Preises als »Hebel« machte dabei immer neue Preisreformen, also Neuaushandlungen der Preisrelationen notwendig. Denn die Preise sollten im Konzept zugleich Aufwandsanzeiger und Lenkungsinstrument sein, sollten sich also zugleich »natürlich« ergeben und bewusst so manipuliert werden, dass sie das Interesse der Betriebe in der gewünschten Richtung beeinflussten.

Zudem hatten die Betriebsleitungen nun ein Interesse, an einer anderen Stelle Kosten einzusparen, bei den Löhnen. Da die Lohnhöhe nach wie vor zentral festgelegt war, versuchten die Betriebsleitungen über die Arbeitsnormen Veränderungen zu erzielen.

»Das entsprach durchaus den Vorgaben der Reformer, wurde doch in einer der NÖS-Broschüren erklärt, dass »Normen notwendig sind, die jede Vergeudung an Zeit, Arbeitskraft und Geld ausschließen«. Als Ergebnis der Befolgung dieser Hinweise musste der FDGB in einer im Februar 1965 durchgeführten Studie konstatieren, dass die Normen [...] schrittweise so heraufgesetzt worden waren, dass ein wachsender Teil der Arbeiterinnen und Arbeiter sie nicht mehr erfüllen konnte« (Rauh/Ruben 2005: 69).

Es gab Branchen, die mit den neuen Anforderungen gut zurechtkamen und sich aufgrund der von ihnen hergestellten Güter leicht neue Absatzmöglichkeiten erschließen konnten – oder die schlicht in den Auseinandersetzungen mit der Plankommission Absatzpreise herausgehandelt hatten, die für sie besonders vorteilhaft waren und so leichter »Überschüsse« ermöglichten. Im letzten Drittel der 60er Jahre sollte den Betrieben sogar schrittweise die Möglichkeit eröffnet werden, durch Export ihrer Produkte Devisen einzunehmen und so ihr Betriebsergebnis zu verbessern. Das bedeutete aber bloß, dass sich den Eigeninteressen der Betriebe mehr Realisierungsmöglichkeiten boten. Es bedeutete nicht,

dass sich diese Eigeninteressen nun harmonisch zu einem Gesamtplan vereinigt hätten. Es gab Branchen, denen sich diese neuen Möglichkeiten gar nicht boten, vor allem in der Schwerindustrie, die die eigenen Produktionsstätten mit Grundprodukten auszustatten hatte.

Die Branchen entwickelten sich daher zunehmend disproportional; plötzlich hatten Betriebe finanziell die Möglichkeit zu expandieren, die nach rein planerischen Maßstäben gar nicht hätten expandieren sollen. Auch hätte die als Hebel gedachte Kreditvergabe selbst einen konsistenten Gesamtplan vorausgesetzt: Zwischen 1966 und 1970 verachtfachte sich das Volumen der Investitionskredite, die die Industrie aufnahm, ohne Rücksicht darauf, dass die Investitionsgüter bereits knapp waren. Der Plan für das Jahr 1971 drohte zu scheitern, wenn man nicht kreditfinanzierten Import aus dem kapitalistischen Ausland nutzte. Die Reform war gescheitert, was neben Ulbrichts Unbotmäßigkeiten gegenüber der sowjetischen Führung ein wichtiger Grund für seine Entmachtung 1970/71 war (Steiner 2007: 159ff.).

Honecker, Ulbrichts Nachfolger, schränkte nach 1971 die Marktelemente wieder stark ein, diejenigen, die weiterhin bestanden, blieben ein Störfaktor im gesellschaftlichen Plan. Es blieb zwar offiziell bei »Geld«, »Preisen« und »Gewinn«; die Preise wurden aber alle zentral geplant, so dass nun auch der Gewinn eine Größe war, die von der Staatlichen Planungskommission vorgegeben wurde – und ihren »Hebel«-Charakter weitgehend verlor. Ende der 80er Jahre zeichnete sich dann wieder eine – aus Hilflosigkeit geborene – Renaissance der »ökonomischen Hebel ab« (Wiards 2001: 175ff.), aber dazu kam es nicht mehr.

Die Probleme, unter denen die realsozialistischen Ökonomien grundsätzlich schon seit den 50er Jahren gelitten hatten, wurden nicht gelöst: das Eigeninteresse der Leitungen, die Widersprüche im Kommunikationsprozess zwischen Planbehörden und Betrieben, die ja in einem Über- und Unterordnungsverhältnis standen. Beibehalten wurden die fatale Doppelfunktion des Planungsprozesses, zugleich der Zielbestimmung und der Kontrolle zu dienen, die resultierende Verschwendung von Produktionsmitteln usw. Durch Planaufgaben, die von vornherein höher ausgelegt wurden als nötig, und Angebote der Kombinate, die vorsichtshalber niedriger angesetzt waren als möglich, bekam man kein realistischeres Bild der Ökonomie als zuvor. Ein Ausbau des Konsumgütersektors stellte allerdings die Bevölkerung z. B. der DDR halbwegs zufrieden, ein Ausbau des Westhandels, teils auf Kredit, teils auf Geschäften mit zu Sonderkonditionen bezogenem russischem Erdöl gründend, ermöglichte ein paar Jahre weiteres Durchwurschteln. Als die Sowjetunion die Preisgestaltung für den Rohstoffhandel mit den »Bruderstaaten« modifizierte und die DDR-Ökonomie immer weniger

in der Lage war, Devisen für den Schuldendienst einzunehmen, brach die Ökonomie der DDR zusammen; das Scheitern in den anderen RGW-Ländern hatte einen ähnlichen Verlauf (Boyer 2007).

Die realsozialistischen Länder wurden damit nicht einfach aufgegeben, wie eine Legendenbildung in der leninistischen Linken besagt. Die Produktionsanlagen in der DDR z. B. waren z. T. in einem baulich so schlechten Zustand, dass sie gesperrt werden mussten, obwohl die Gesundheit der Arbeiterinnen und Arbeiter normalerweise nicht sonderlich weit oben auf der Prioritätenskala stand. Insofern ist es müßig, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob Politbüromitglied Günter Schabowski am 9. November 1989 ein Fehler unterlief, als er auf einer Pressekonferenz die sofortige Öffnung der Grenze zur BRD verkündete – man kann davon ausgehen, dass die Führung, ob sie sich das eingestand oder nicht, über kein tragfähiges Konzept zum Weitermachen verfügte.

## Teil II: Grundsätzliches zu Plan und Markt

### *Grundprobleme in der realsozialistischen Ökonomie*

Es ist offensichtlich, dass der Devisenmangel, der dem späten Realsozialismus etwa in der DDR den Todesstoß versetzte, nur ein Oberflächenphänomen ist. Selbstverständlich wäre es der DDR-Führung lieber gewesen, gar nichts aus dem kapitalistischen Ausland beziehen zu müssen. Und Handelsbeziehungen vorausgesetzt, behauptete die offizielle Doktrin immer, dass die »produktive sozialistische Wirtschaft« keine Schwierigkeiten habe, mit effizient hergestellten, qualitativ hochwertigen Gütern auf dem Weltmarkt erfolgreich sein und entsprechend Devisen einnehmen zu können – ein eigener Anspruch, dem die realsozialistische Ökonomie nie gerecht wurde.

Dass die realsozialistischen Ökonomien auf einen Austausch mit den kapitalistischen Ländern angewiesen waren, lag zu Beginn an den erwähnten Ausgangsbedingungen. Die allgemeine Unterentwicklung des zaristischen Russland, aber vor allem die Zerstörungen des Bürgerkrieges und auch schon des Ersten Weltkrieges in der Ukraine und Westrussland verdammt in den ersten Jahren Planwirtschaft zu einer Verwaltung von Mangel. Ebenso galt das für die Zeit nach 1945. Beides wog umso schwerer, als die kommunistischen Parteien den Großteil ihrer Bevölkerung von den Vorzügen des neuen gesellschaftlichen Systems erst hätten überzeugen müssen.

Zu einem partiellen Einlassen auf den Weltmarkt gab es 1920/21 und 1945 keine realistische Alternative. Zu prekär war die realsozialistische

Herrschaft, zu drängend die materielle Not. Wollte man aber in größerem Maßstab und über längere Zeit auf dem Weltmarkt aktiv sein und zu diesem Zweck Devisen einnehmen, so bedeutete das, dass tendenziell die ganze Produktion auf den Maßstab der Kostenersparnis ausgerichtet werden musste – nicht nur bei den eigentlichen Exportgütern, sondern bei allen Produkten, die in ihre Herstellung eingehen, bis hin zu Verkehrswegen und Verpackung.

Die entscheidende Frage aber ist, warum es die Planwirtschaften nicht schafften, entweder mit der Zeit gewinnbringend auf dem Weltmarkt verkäufliche Produkte hervorzubringen – oder eine autarke Ökonomie im RGW-Block, die zumindest auf akzeptablem Niveau die eigene Bevölkerung versorgen konnte.

Ein Produkt kann für sich genommen gut sein (und das wäre in einer reinen Planwirtschaft der wichtigste Maßstab); wird es unter viel schlechteren Bedingungen produziert als das konkurrierender Anbieter, ist es nicht geeignet, auf dem Weltmarkt Einkünfte zu beschaffen, um z. B. effektive Produktionsmittel zu importieren.<sup>4</sup> Wollte man gegenüber kapitalistisch produzierten Waren konkurrenzfähig sein, die ja unter dem Interesse an Gewinn und Zwang zur Kostenersparnis produziert werden, musste auch im Sozialismus alles an die Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit gesetzt werden<sup>5</sup> – und darüber hinaus die Verlängerung und Intensivierung der Arbeit, Rücksichtslosigkeit gegenüber der Gesundheit der Arbeitenden und Umweltverschmutzung als Mittel der Produktivkraftsteigerung in den Blick genommen. Das stand dem ursprünglichen Sinn der bolschewistischen Revolution entgegen und wurde, während im Kapitalismus eine anonyme »Konkurrenz« dazu zwingt, im Realsozialismus der jeweils herrschenden Parteiführung angelastet.

Zwar konnten das technische Niveau und die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern stark gesteigert werden. Die Produktivkraft, also das Verhältnis von Arbeitsertrag und Arbeitsaufwand, war im Realsozialismus jedoch dauerhaft geringer als in den kapitalistischen Ländern, und zumindest in den letzten Jahrzehnten vergrößerte sich

4 Deshalb ist gar nicht auszuschließen, dass der Realsozialismus produktiv gewirtschaftet hätte, wenn er sich nicht in vielerlei Hinsicht auf den Kapitalismus hätte ausrichten müssen und z. B. Investitionen vor allem dort tätigen, wo ein Exporterlös zu erwarten war. Das ist allerdings eine müßige Erwägung, solange sie sich nicht auf einen Sozialismus bezieht, der in allen ökonomischen Zentren zugleich den Kapitalismus ablöst.

5 Selbst abgesehen von der Weltmarktorientierung hätte es die Legitimation der leninistischen Parteien beschädigt, nicht wenigstens annähernd auf dem gleichen Niveau zu produzieren wie der entwickelte Kapitalismus. Und auch die militärische Pattsituation mit der NATO war nur auf Grundlage einer nahezu gleichen Produktivkraft dauerhaft aufrechtzuerhalten.

der Abstand noch. Ulbricht schätzte auf dem VI. Parteitag der SED den Rückstand im Vergleich zum Westen auf 25 Prozent; der Chef der Plankommission, Schürer, gab ihn im Oktober 1989 mit etwa 40 Prozent an (Wiards 2001: 147f.).

Ein Hauptproblem in der realsozialistischen Planwirtschaft bestand darin, den gesellschaftlichen Bedarf an Gütern und den wirtschaftlichen Aufwand bei der Herstellung dieser Güter festzustellen. Mit Bedarf ist dabei nicht in erster Linie gemeint, dass die Bürger vielleicht lieber modischere Jeans getragen hätten – mit diesem Problem hätte die Planwirtschaft auch noch einige Jahrzehnte weitermachen können. Der entscheidende Bedarf war der der Industrie selbst: Wie viel Rohstoffe, Halbfertigprodukte (so was wie gestanzte Bleche zur Weiterverarbeitung) und Maschinen braucht man, in welcher Qualität braucht man sie – und wann müssen sie fertig sein, soll die Produktion nicht an anderer Stelle stocken? Wie verändert sich dieser Bedarf, wenn man die Produktion ausweitet oder neue Produkte einführt? Und: Ist dieser Bedarf mit den vorhandenen Mitteln sicher zu befriedigen? Auch nach Ende des Zweiten Weltkrieges gelang es den realsozialistischen Ländern kaum einmal, diese Fragen so sicher zu beantworten, dass wenigstens zweimal aufeinanderfolgend ein funktionierender Fünfjahrplan herausgekommen wäre. Und zwar weder mit »ökonomischen Hebeln« noch ohne.

Damit eng zusammen hängt das Problem, wirtschaftlichen Aufwand zu messen: Das spielte einerseits, da man im Realsozialismus auf den Weltmarkt angewiesen war, eine größere Rolle, als sich das die Bolschewiki vor der Revolution gedacht hatten. Doch ist das Problem andererseits grundsätzlicherer Natur. Überlegt man sich in einer Planwirtschaft, eine neue Maschine einzuführen oder gar ein neues Produkt, ist der wirtschaftliche Aufwand auch ohne Weltmarktkonkurrenz von Interesse: Erspart die neue Maschine mehr Arbeit, als sie kostet? Und mit wie viel Aufwand ist dann das spätere Produkt herzustellen? Gibt es dafür genug Ressourcen? Oder müsste dafür die Produktion eines anderen Gutes eingestellt werden? Selbst wenn man im Realsozialismus auf das inadäquate Rechnen in Preis und Gewinn verzichtet und es mit dem Zählen von Arbeitsstunden versucht hätte, wäre die Bilanz ungenau gewesen: Manche Menschen arbeiten intensiver, andere weniger intensiv. Manche Arbeiten verlangen eine lange Ausbildung, deren Dauer eigentlich als Aufwand dem Produkt zugerechnet werden müsste, manche Produkte machen erst in der Entsorgung Arbeit. »Aufwand« ist deshalb stofflich nicht so ohne weiteres zu messen, weswegen die Quantifizierung über Preise den Realsozialisten immerhin noch praktikabler erschien.

### **Warum ökonomische Hebel die Probleme der Planwirtschaft nicht lösen können**

Was soll Markt im Sozialismus leisten – und welche Probleme ergeben sich daraus? Dazu einige grundsätzliche Überlegungen:

Der Markt bringt auch ohne Rekurs auf Bestimmungen des Kapitalismus einige grundlegende Unsicherheiten mit sich. An erster Stelle selbstverständlich die Unsicherheit des Absatzes: Ein Produzent weiß nie, ob er seine Ware verkaufen kann, zumindest nicht, ob ihm das zu einem Preis gelingt, der ihm die ausgelegten Kosten wieder einbringt. Hinzu kommt die Unsicherheit des Käufers: Der Produzent muss nicht nur seine eigenen Lebensmittel, sondern auch immer wieder Produktionsmittel kaufen; beutete er Arbeitskraft aus, muss er zudem Arbeiter anstellen. Veränderungen in der Produktion, seien sie quantitativ oder qualitativ, verändern die gesellschaftlichen Austauschrelationen, so dass ein Marktproduzent selbst bei erfolgreichem Verkauf nicht weiß, ob das von ihm eingenommene Zirkulationsmittel in naher Zukunft noch reichen wird, um die von ihm benötigten Waren zu bezahlen.<sup>6</sup> Letztlich ist der für den Markt Produzierende also permanent in seiner ökonomischen Existenz bedroht.

Dass dennoch auch Sozialisten der Auffassung sind, eine Alternative zum Kapitalismus könne nur mit und aufgrund integrierter Marktmechanismen funktionieren, ist mit den dem Markt zugeschriebenen »Leistungen« zu erklären. Die entsprechenden Erwartungen marktaffiner Sozialisten – das gilt für die realsozialistischen Reformer der 60er Jahre wie für die Mehrheit der heutigen linken Interpreten realsozialistischer Wirtschaftsprobleme – sind im Wesentlichen identisch mit der klassisch liberalen Beschreibung des kapitalistischen Marktmechanismus (Götsch 2009), nur dass in marktsozialistischen oder ähnlichen Konzepten ökonomischer Hebel häufig bestimmte Bereiche (z. B. Arbeitskraft, Geldbewirtschaftung) anders als im Kapitalismus vom Marktgeschehen ausgenommen werden.

Diese »Leistungen« des Marktes sind:

Der Preis zeigt erstens die »Knappheit« eines Gutes an.<sup>7</sup> Steigt die relative Knappheit dieses Gutes, wird das unmittelbar sichtbar in einem steigenden Preis. Es muss für diese Information also nicht erst eine Meldung z. B. von Produzenten an eine Planungszentrale gegeben werden,

6 Für den kapitalistischen Produzenten ist die Grenze noch enger gesteckt: Das Geschäft lohnt sich erst, wenn er zumindest den gesellschaftlichen Durchschnittsprofit erzielt.

7 Eine nur scheinbar »objektive« Kategorie, die tatsächlich eine Kombination aus Herstelleraufwand und Angebots-/Nachfrageabweichungen beschreibt.

dass ihnen ein Rohstoff oder Vorprodukt fehlt – und dann vielleicht noch eine zentrale Behörde prüfen, ob es sich bei diesem Mangel nicht bloß um einen Verteilungsfehler handelt.

Zweitens sind mit einem Preis versehene Güter in ihrem gesellschaftlichen Aufwand tendenziell vergleichbar: Gleichen sich Über- und Unterangebot in der Tendenz aus, bleibt als Basis des Preises im funktionierenden Markt nur noch der »objektiv notwendige« Produktionsaufwand, gemessen wiederum in Preisen. Denn überflüssiger Aufwand lässt sich am Markt (also im Vergleich mit anderen Anbietern) nicht dauerhaft in Einnahmen ummünzen. Es existiert damit eine Grundlage, auf der eine neue Produktionsform mit einer anderen verglichen werden kann – wenn auch nur ex post, also nach Einführung. Im Vorhinein können aber immerhin die Preise der einzukaufenden Produktionselemente festgestellt werden.

Drittens: Es ist in diesem Modell recht leicht, ein ökonomisches Interesse zu installieren, gerade die relativ knappen Güter zu erzeugen, weil diese bei gleichem Aufwand mehr vom Zirkulationsmittel einbringen – vorausgesetzt, dass der Preis relativ knapper Güter relativ hoch ist. Möglich wären z. B. Prämienmodelle.

Daraus folgt viertens: Diese vermehrte Einnahme von Zirkulationsmitteln erlaubt es den Produzenten, ihre Produktion selbständig auszuweiten, weil sie von den Mehreinnahmen u. a. mehr Investitionsgüter und Rohstoffe kaufen können, wodurch sich die relative Knappheit tendenziell selbst aufhebt.

Fünftens kann man in diesem Modell davon ausgehen, dass die Produzenten eine solche Ausweitung der Produktion nicht nur quantitativ unternehmen, sondern qualitativ: dass sie also von sich aus die Steigerung der Produktivkraft gewährleisten. Denn eine quantitative Ausweitung stößt an stoffliche und räumliche Grenzen. Damit wäre dann das Einzelinteresse der Produzenten gleich dem Interesse aller (an ausreichenden und effektiv produzierten Konsumgütern).

Dass reale Marktwirtschaften dem klassisch liberalen Bild des vollkommenen, immer zum Gleichgewicht tendierenden Markt nicht entsprechen, ist auch in der herrschenden Volkswirtschaftslehre praktisch unbestritten. Das Hauptproblem für den Versuch, Markt in eine sozialistische Planwirtschaft zu integrieren, sind jedoch nicht solche »unvollkommenen« Märkte – sondern die politischen Folgen, die aus den Markt Voraussetzungen resultieren.

Die Produzenten in einer Marktwirtschaft – dabei ist es auf dieser Abstraktionsebene unerheblich, ob es sich um »Manager« oder genossenschaftliche Kollektive handelt – müssen nach rein ökonomischen Kriterien entscheiden können, an wen sie verkaufen und von wem sie

kaufen. Denn nur so werden »zu teuer« produzierende Anbieter bestraft, indem sie Kunden verlieren, und nur so »gewinnt« der am günstigsten Produzierende, dessen Produktionsweise sich allmählich durchsetzt.

Aus dem gleichen Grund müssen die Produzenten auch selbst entscheiden können, zu welchem Preis bzw. zu welcher Tauschrelation sie verkaufen. Ist ihnen ein Preis vorgeschrieben, wird sich ökonomisches Fehlverhalten nur eingeschränkt in ökonomischem Misserfolg niederschlagen, weil die effektiver Produzierenden die anderen Produzenten nicht unterbieten können. Eine solche Entscheidungsfreiheit wäre also die Voraussetzung für die oben zitierte Forderung Libermans nach negativen Konsequenzen für »falsches« Produzieren.

Und schließlich müssen die Produzenten auch entscheiden können, was sie herstellen und was sie zu diesem Zweck kaufen (also z. B. Produktionsmittel, um andere Produkte herzustellen). Denn nur, wenn ein erfolgreicher Produzent die Produktion ausweiten kann und andere Produzenten (z. B. aus anderen Branchen) hinzukommen können, folgt ein vergrößertes Angebot relativ rasch auf eine höhere Nachfrage. Nur dann ist gewährleistet, dass die Preise nicht auf Marktmacht weniger Anbieter beruhen, und nur dann führt der Markt »automatisch« zu einer Erhöhung der Produktivität.

Lässt die Produktion von bestimmten Gütern einen größeren Zufluss von Zirkulationsmitteln erwarten, dann haben Produzenten ein ökonomisches Motiv, eher dieses Gut zu produzieren als andere Güter – und zwar auch dann, wenn die bisher in genau richtiger Proportion hergestellt wurden. Ein System »knappheitsanzeigender« Preise tendiert so unmittelbar keineswegs in ein Gleichgewicht, sondern permanent in ein zumindest partielles Ungleichgewicht.

Vor allem aber setzt ein funktionierender Marktmechanismus Konkurrenz im engeren Sinne voraus. Im Kapitalismus wird der Zwang zur Produktivkraftsteigerung durch den Verwertungsprozess selbst immer wieder generiert, durch die Drohung mit dem Ruin und die Aussicht auf materielle Belohnung immer wieder neu durchgesetzt. Was geschieht in einer teilweise marktgesteuerten Planwirtschaft mit Produzenten, die ineffizient produzieren? Und was erhalten diejenigen, die es besonders effizient tun?

Im Kapitalismus scheiden die »schlechteren« Produzenten oder die Anbieter von Waren, die niemand kauft, letztlich durch Konkurs oder Geschäftsaufgabe aus dem Anbieterkreis aus. Will man das im Sozialismus verhindern, müsste man die entsprechenden Betriebe dauerhaft ökonomisch stützen, vielleicht fachlich beraten, auf jeden Fall irgendwie wieder auf die Beine bringen. Zum einen wäre das eine Konkurrenzverzerrung gegenüber den erfolgreicherer Anbietern, was deren rein

ökonomischen Interessen zuwiderliefe und die Legitimität des »hebelmäßigen« ökonomischen Regimes in Frage stellte. Zum anderen würde so der automatisch wirkende Zwang zur Produktivkraftsteigerung gerade aufgehoben. Wäre z. B. die eigentlich notwendige Geschäftsaufgabe die Folge eines Überangebots von Waren, so würde dieses ja gerade nicht abgebaut, sondern künstlich aufrechterhalten, zumindest, bis auf eine alternative Produktion umgestellt wäre.

Akzeptiert man aber den Konkurs, folgen andere Probleme. Haben die Beschäftigten in den ineffizienten Betrieben »selber Schuld«? (Und die ggf. prämierten in den effizienten Betrieben sich die Belohnungen individuell verdient?) Das wird man in einer hoch arbeitsteiligen Produktion wohl nicht behaupten können. Schon deshalb müssten die freigesetzten Beschäftigten über öffentliche Mittel auf hohem Niveau alimentiert werden. Sie müssten allerdings umschulen, vielleicht umziehen, wären vielleicht zeitweise von Entscheidungsprozessen abgeschnitten, zumindest dann, wenn man sich diese in irgendeiner Form rätebasiert oder basisdemokratisch denkt. Zudem würden Produktionsmittel verschwendet, Zulieferer der (ehemaligen) Fabrik würden nun ihrerseits Absatzprobleme bekommen ... man wäre nahe an den Folgen, die Konkurse im Kapitalismus so mit sich bringen und die die Planwirtschaft zusammen mit dem Kapitalverhältnis überhaupt gerade überwinden sollte – nur dass der kapitalistische Ausweg der gewissenlosen wie kostengünstigen »Freisetzung« von Arbeitern versperrt wäre.

Diese ökonomische Schwierigkeit hat offensichtlich auch eine politische Seite. Teilt man den wohlbegründeten Anspruch, dass die Menschen, um deren Reproduktion es im Produktionsprozess geht, über die Produktion mitbestimmen, dann würde das eine weitreichende Beschränkung der ökonomischen Autonomie der Produzenten bedeuten. Warum sollen, aus kommunistischer Sicht, Rentner, Kranke, Arbeitsunfähige oder -willige nicht über die Produktion mitbestimmen, die in vielfacher Hinsicht ihr Leben bestimmt? Doch wenn die einzelnen Produzenten jeweils ein Stadtteilkomitee oder einen Regionenrat fragen müssen, bevor sie die Produktion umstellen, ist es mit der freien Entscheidung über Investitionen nicht weit her. Man kann sogar erwarten, dass die »konsumentennäheren« Branchen damit mehr Aufwand hätten als die Hersteller von, sagen wir: Industriemotoren. Alles das beschränkte wohlbegründet die Funktionalität ökonomischer Hebel.

Das Funktionieren von »ökonomischen Hebeln« hat also sehr grundlegende Voraussetzungen auf der Ebene der Verfügungskompetenz der Produzenten über ihre Produktionsmittel. Oder anders gesagt: Man kann sich ein auf solchen Hebeln basierendes Modell auch mit zahlreichen Einschränkungen der Konkurrenz vorstellen; je stär-

ker eingeschränkt aber die oben genannten Voraussetzungen gelten, umso unvollständiger wirkt der ökonomische Hebel als Hebel. Das aber bedeutet, dass die ökonomischen Hebel aus sich heraus auf eine Ausweitung drängen – bis hin zur Infragestellung jedes verbindlichen Gesamtplans.

Es ist unter diesen Bedingungen eine absurde Vorstellung, ökonomische Hebel wären ein rein technisches, politisch kontrollierbares oder gar neutrales Mittel zur Steigerung ökonomischer Effizienz. Ihrer Grundidee nach verunmöglichen sie gesellschaftliche Planung und stehen im Widerspruch zu allen Konzepten, die eine freie Übereinkunft aller über die quantitative und qualitative Ausrichtung der Produktion als politischen Kern beinhalten.

### Kann man aus dem Scheitern des Realsozialismus lernen? Und wenn ja: was?

Dass der Realsozialismus scheiterte, ist also nicht darauf zurückzuführen, dass die realsozialistischen Führungen zu wenig bereit gewesen wären, durch ökonomische und politische Reformen »ökonomische Hebel« wirksam werden zu lassen. Die realsozialistischen Reformer unterschätzten die Eigengesetzlichkeiten kapitalistischen Wirtschaftens, das »Automatisches Subjekt-Sein« des Kapitals in doppeltem Sinne: Sie unterschätzten die Schwierigkeiten, in einer Planwirtschaft »ökonomische Hebel« wie Geld, Markt und Preis wirken zu lassen, ohne alle ökonomischen Institutionen darauf auszurichten – und sie unterschätzten dort, wo es einmal funktionierte, die zerstörerische Wirkung ihres Erfolges. Zwar unterbanden, verschleppten oder beendeten sie, sieht man von China ab (Mats 2012), die marktwirtschaftlichen Reformen recht rasch. Und zwar nicht aufgrund einer grundsätzlichen Einsicht in die Unvereinbarkeit von ökonomischem Hebel und geplanter Ökonomie, sondern als Reaktion auf unmittelbar wahrnehmbare Krisenerscheinungen. Hätten sie die Reformen aber weiter vorangetrieben, hätte es ihnen – sofern sie nicht den offenen kapitalistischen Weg Chinas hätten gehen wollen – aufgrund der Widersprüchlichkeit von Marktmechanismus und Gesamtplan nichts genützt.

Eine wesentliche Gemeinsamkeit der »Konservativen« im Realsozialismus und der an ökonomischen Hebeln orientierten Reformer ist eine unpolitische, technische Betrachtungsweise ökonomischer Probleme und Lösungen. Das Kernproblem in der Planerfüllung war, dass die Betriebsleitungen vor Ort nicht das taten, was die Zentrale für notwendig hielt – und oft wohl auch nicht das, was zur sinnvollen Entwicklung der

Produktion tatsächlich notwendig gewesen wäre. Dabei handelt es sich entgegen dieser technizistischen Betrachtungsweise nicht um ein technisches Problem oder um ein Problem des Informationsflusses. Zwar fehlten der Zentrale Informationen aus den Betrieben (und hätte es sie interessiert, auch aus den Haushalten) – die Grundlage dafür war aber ein Interessengegensatz, der viel mehr beinhaltete als die überschaubaren Koordinaten eines sozialistischen Homo oeconomicus, der immer nur individuellen Ertrag maximieren will.

Die Gegenmaßnahmen, ob sie nun in Überwachung und Strafe bestanden oder in marktsozialistischen Versuchen, verschärften und zementierten den Gegensatz zwischen der Leitungsebene und den Einheiten vor Ort noch. Unter dieser Voraussetzung stellen ökonomische Hebel den Akteuren nur andere, sprengkräftigere Mittel zur Verfügung, ihre jeweiligen Interessen gegen andere Interessen durchzusetzen.

Eine Bedingung dafür, diesen politischen Gegensatz nicht zu sehen, war die theoretische Tradition des realsozialistischen Leninismus, die sich viel mehr aus der von Engels beeinflussten Sozialdemokratie als aus Marx selbst speiste. Die Grundlage der marxistisch-leninistischen Kapitalismuskritik war vor allem die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus, interpretiert als ein »Versagen« dieser Wirtschaftsweise. Umgekehrt behauptete der Marxismus-Leninismus gerade die ökonomische Überlegenheit der Planwirtschaft (Akademie der Wissenschaften der KPdSU 1971: 359). Effizienz wurde als ein neutraler, technischer Begriff angesehen und die Planwirtschaft letztlich bloß als ein besseres Mittel, um das Ziel einer ökonomisch erfolgreichen Gesellschaft zu erreichen.

Die »Freie Assoziation« in allen ihren Facetten, das marxssche »Reich der Freiheit« (Marx 1984: 828) wurde explizit nicht genutzt, um in der verdächtigen Bevölkerung für das eigene Programm zu werben. Wenn Denken von Stalin als ein »Produkt der Materie« bezeichnet wurde, dann behauptet er damit, dass Interessen aus objektiven Bedingungen ableitbar seien. Diese Auffassung rechtfertigt und beschreibt eine politische Praxis, in der die Bildung, Artikulation und Vertretung realer Interessen immer zumindest als Sand im Getriebe (wenn nicht als Sabotage) wahrgenommen und deshalb als objektiv dem Klassenfeind in die Hände spielend eingeschätzt wurden. Der »Grad der Demokratie«, so ein Lehrbuch aus der DDR, sei bestimmt dadurch, »wer an der Macht ist, welche Politik die jeweilige Staatsmacht durchführt« (Autorenkollektiv 1964: 570). Für eine Staatsmacht, die ihrer eigenen Bevölkerung begründet misstraute und die eine Infragestellung und Diskussion der von ihr vorgegebenen Ziele als Schwächung im Kampf gegen einen überlegenen äußeren Gegner auffasste, eine naheliegende Position. Damit verbaute sie sich aber jeden Weg sowohl zu einer nicht »objektiven«, sondern

diskursiven Bestimmung von Produktionszielen und Verfahren als auch zu einer Rechtfertigung des Realsozialismus jenseits der ökonomischen Konkurrenz mit dem Kapitalismus – obwohl eine solche nicht vor allem ökonomische Legitimation wahrscheinlich die einzig mögliche gewesen wäre. Es gab klügere Positionen bei den Bolschewiki und in weit geringerem Maße auch noch nach 1945. Doch gerade die falschen Elemente der marxistisch-leninistischen Tradition: eine mangelhafte Kapitalismuskritik, das Vertrauen auf die Planbarkeit des ökonomischen Markterfolgs und der dialektische Materialismus entsprachen am besten einer unmittelbar auf den Machterhalt ausgerichteten und deshalb nach Auffassung der realsozialistischen Theorie objektiv notwendigen Staatsdoktrin.

Doch was bedeutet diese Erfahrung für die nächste Revolution? Es gibt zu einer zentralen Planwirtschaft (mit wesentlichen dezentralen Momenten selbstverständlich) keine vernünftige Alternative (vgl. dazu auch den Beitrag von Heiko Vollmann in diesem Band).

Es wäre eine fragwürdige Position, wenn angesichts des realsozialistischen Desasters von Kommunisten vertreten würde, ein auf einen Gesamtplan gründender und dennoch nicht herrschaftlicher Kommunismus sei nur möglich, wenn weltweit der Mangel bereits überwunden ist. Denn es ist doch gerade die kapitalistische Produktionsweise, die dafür sorgt (und von vernünftigen Menschen dafür kritisiert wird), dass die Konsummöglichkeiten der Mehrheit weit hinter der Reichtumsproduktion zurückbleiben, dass dieser Reichtum erstens extrem ungleich verteilt ist und zweitens großenteils in einer materiellen Form vorliegt, die unmittelbar gar nicht geeignet ist, der individuellen Beglückung zu dienen. Und es wäre eine ebenso fragwürdige Position, als Konsequenz aus dem Gegensatz zwischen realsozialistischen Führungen und ihrer Bevölkerung zu behaupten, nur eine Gemeinschaft vollständig aufgeklärter Edelkommunisten sei in der Lage, Kommunismus zu verwirklichen. Denn die bestehende Gesellschaft tut einiges dafür, dass Menschen, auch linksradikale, autoritätsgläubig, opportunistisch, sexistisch, profilneurotisch werden und einiges mehr, also nicht gerade zu einem Optimalgenossen geformt.

Aber wäre das nicht nur ein kurzes Übergangsproblem? Selbstverständlich gäbe es in einer kommunistischen Planwirtschaft Faktoren, die die Produktivität steigern und den Mangel tendenziell abschaffen würden und damit Verteilungskonflikte entschärfen. Ihnen stehen jedoch in einer längeren Übergangszeit andere Faktoren gegenüber: die Schwierigkeiten einer völlig neu zu organisierenden Produktion, eine abnehmende Intensität der Arbeit, die nun von Leuten getan wird, denen nicht mehr die Angst vor Kündigung und nachfolgendem Elend

im Nacken sitzt, der Entschluss, vor ökonomischen Entscheidungen all die zu Wort kommen zu lassen, die von ihnen betroffen sind. Dass die Produktivität sich im Kommunismus rasch besser entwickeln wird als im Kapitalismus, ist auf dieser Grundlage unwahrscheinlich. Das ist zum einen – das hat man im Realsozialismus gesehen – keine gute Voraussetzung für die Konkurrenz mit dem Kapitalismus. Das deutet zweitens aber auch darauf hin, dass man sich nach der Revolution doch noch eine Weile damit herumschlagen müssen, dass nicht alle alles haben, was sie haben wollen und sollen, mit irgendeiner Form des Mangels und mit seinen politischen Folgen.

Zudem wird der gesellschaftliche Prozess im Kommunismus selbst Interessengegensätze hervorbringen, die es nicht wahrscheinlich machen, dass einfach alle »aus Gewohnheit«, wie Lenin in *Staat und Revolution* 1917 schrieb, das Notwendige tun (Lenin 1918: V.1). Einen wissenschaftlichen Kommunismus in dem Sinne, dass in jedem Fall von »Experten« entschieden werden könnte, wo welche Produktionsanlage stehen soll, allein nach Kriterien der Bodenbeschaffenheit und Transportweglänge, gibt es nicht. Denn ein solcher Standort hat auch damit zu tun, ob Leute die Anlage in ihrer Nachbarschaft haben wollen oder wie weit sie fahren möchten, um da zu arbeiten. Auch Entscheidungen, ob weniger gearbeitet oder mehr produziert werden soll, sind nicht objektiv. Das alles sind Fragen, die mit Interessen, manchmal auch bloß mit persönlichen Vorlieben zu tun haben. Sie haben für die Einzelnen spürbare Konsequenzen und können doch nicht einfach individuell entschieden werden. Eine Technikerin, die weniger arbeiten möchte, kann sich, wenn die Mehrheit ihrer Fabrikgenossen das anders sieht, entweder dieser Mehrheit beugen (wenigstens so lange, bis eine Ersatzkraft vorhanden ist) oder sie kann einfach nach Hause gehen und so stundenweise die Produktion lahmlegen – wie sie sich auch entscheidet: ein Moment von Gewalt, sich selbst oder anderen gegenüber, ist nicht zu vermeiden. Das heißt: Es wird auch im Kommunismus, verstanden als Übergangsgesellschaft mittlerer Reichweite, Konflikte und Interessengegensätze geben.

Ob man solche legitimen Konflikte zugesteht oder nicht, ist eine für die Zukunft kommunistischer Gesellschaftsentwürfe entscheidende Frage. Im Realsozialismus beanspruchten die herrschenden Parteiführungen, das Interesse der Arbeiterklasse objektiv zu formulieren, was einen politischen Prozess letztlich überflüssig machte. Die realen und durch die realsozialistische Politik noch verschärften Interessengegensätze tauchten als Störgrößen, z. B. im Planungsprozess, immer wieder auf und führten endlich zur Auflösung der realsozialistischen Herrschaft.

Gibt es Interessengegensätze, ist die Frage, ob man sie bewusst gestaltet oder ob man das Ergebnis dem Zufall oder besser: den Macht-

mitteln (Fähigkeiten, Verhandlungsgeschick, Ressourcen, Körperkraft) der Einzelnen überlässt. Bewusste Gestaltung bedeutet demgegenüber: Institutionen schaffen, in denen Interessen artikuliert und ausgeglichen werden können. Die Interessen aller einfließen zu lassen ist nicht identisch mit dem Ziel der Produktivkraftsteigerung zwecks Versorgung oder Arbeitszeitverkürzung. Die Realsozialisten hatten auf eine verdrehte Art sogar recht, in Befehl und Gehorsam ein Moment von Effektivität zu sehen, und das hat zumindest dazu beigetragen, die emanzipativen Elemente, die sogar im Demokratischen Zentralismus zu erahnen sind, im Kampf gegen innere und äußere Feinde bald fallen zu lassen. Das bedeutet aber, dass für alle absehbaren kommunistischen Vorhaben die Gefahr des autoritären Rollback von innen heraus als gegeben angenommen werden kann.

Konsequenzen aus all dem ergeben sich nicht erst für eine imaginäre »revolutionäre Situation«. Um die Revolution müssen sich nur die heute keine Gedanken machen, die mit ihrem linksakademischen oder linksradikalen Biotop, verbunden mit den partiellen Annehmlichkeiten einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft, eigentlich ganz zufrieden sind. Eine kommunistische gesellschaftliche Organisation ohne zentrale Institutionen wird es nicht geben. Das bedeutet Delegation, Mehrheitsentscheidungen, wenn nötig, und Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit in den (hoffentlich wenigen) Fällen, wo ein »sowohl als auch« unterschiedlicher Konzepte nicht geht. Gleichzeitig wäre es fatal, diese Institutionen ganz leninistisch nur in Hinblick auf ihre Effizienz in der politischen Arbeit hin zu entwickeln, obwohl das unter den harten Bedingungen einer Revolution immer das Naheliegende ist.

Revolutionen passieren, aber Kommunismus muss gemacht werden. Und das wird nur dann auf vernünftige Weise möglich sein, wenn sich die Menschen, die es angeht, anders als die Bolschewiki oder die späteren SED-Führer, sehr lange praktisch darauf vorbereitet haben. Neben alten (und richtigen) Forderungen wie der nach Transparenz von Entscheidungen und Modellen von Ämterrotation sind gerade wegen der Komplexität der Prozesse auch so »weiche« Faktoren wie Vertrauen im Entscheidungsprozess von Bedeutung, Faktoren, die es ermöglichen, Entscheidungen mitzutragen, auch wenn man entweder nicht mitentschieden hat oder zu einer Minderheit gehört. Institutionen, die das leisten, sind nicht am Reißbrett zu entwickeln, sondern müssten ausprobiert werden, eingeübt. Das kann nur gelingen im Organisationsprozess der radikalen Linken selbst.

*Literatur*

- Akademie der Wissenschaften der UdSSR (Hg.; 1971): Politische Ökonomie II, Bd. 3, dt., Moskau.
- Autorenkollektiv (1964): Marxistische Philosophie, Berlin.
- Bloxham, Donald & Moses, A. Dirk (Hg.; 2010): The Oxford Handbook of Genocide Studies, Oxford.
- Boyer, Christoph (Hg.; 2007): Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich, Frankfurt/M.
- Bucharin, Nikolai & Preobraschenski, Jewgeni (1919): ABC des Kommunismus. Populäre Erläuterung des Programms der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki). Nachdruck der deutschen Ausgabe von 1920, Zürich 1985.
- Deutscher, Isaak (1982): Chruschtschows Wirtschaftsreform, in: ders., Zwischen den Blöcken, Hamburg.
- Erlich, Alexander (1971): Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924–1928, Frankfurt/M.
- Götsch, Katharina (2009): Marktsozialismus – Die Linke auf der Suche nach einer neuen Theorie, in: Prokla 155, S. 229–248.
- Haumann, Heiko (1983): Krisen der Neuen Ökonomischen Politik 1923–1928, in: Gottfried Schramm (Hg.), Handbuch der Geschichte Rußlands, Stuttgart, Bd. 3, S. 737–746.
- Hirsch, Joachim (1990): Kapitalismus ohne Alternative?, Hamburg.
- Holländer, Heinz, u. a. (1974): Die Entwicklung der Berufsstrukturen der UdSSR und ihre Behandlung in der sozialwissenschaftlichen Forschung der Sowjetunion, Berlin.
- Kool, Frits (Hg.; 1967): Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, Olten.
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1918): Staat und Revolution, Werke, Bd. 25, Berlin/DDR 1972, S. 393–507.
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1921a): Über die Naturalsteuer (Die Bedeutung der neuen Politik und ihre Bedingungen, März 1921), Werke, Bd. 32, Berlin/DDR 1982, S. 341–380.
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1921b): Die Neue Ökonomische Politik und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung. Referat auf dem II. Gesamtrussischen Kongress der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung (Dez. 1921), Werke, Bd. 33, Berlin/DDR 1982.
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1922): Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPR(B), (27. März 1922), Werke, Bd. 33, Berlin/DDR 1982.
- Liberan, Jewsei (1962): Plan, Gewinn, Prämie, in: Prawda vom 9.9.1962, dt. in: Die Wirtschaft, 26.9.1962.
- Lorenz, Richard (1976): Sozialgeschichte der Sowjetunion, I. 1917–1945, Frankfurt/M.
- Marx, Karl (1984): Das Kapital, Bd. 3, MEW 25, Berlin.
- Mats, Rüdiger (2012): Das Ende des eisernen Reistopfs, in: phase 2, H. 43.
- Nolte, Hans Heinrich (2006): Kriegskommunismus, in: Enzyklopädie des europäischen Ostens (EEO), <http://eoo.uni-klu.ac.at/index.php?title=Kriegskommunismus>, Zugriff 10/2014.

- Plener, Ulla (2007): Zu Lenins demokratischer Strategie auf dem Weg zum Sozialismus: 1917 und 1921, in: Utopie kreativ, H. 205, S. 1032–1039.
- Pollock, Friedrich (1971): Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917–1927, Leipzig 1929, Neuausg. Frankfurt/M.
- Rauh, Hans-Christoph & Ruben, Peter (2005): Denkversuche. DDR-Philosophie in den 60er Jahren, Berlin.
- Roesler, Jörg (2012): Vor 50 Jahren: Jewsei Liberman veröffentlicht seinen Vorschlag zur Reform der sozialistischen Wirtschaftsführung, in: junge Welt vom 8.9.2012.
- Smith, Adam (2009): Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes (1776), a. d. Engl. v. H. C. Recktefeld, Neu-Isenburg.
- Steiner, André (2007): Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Bonn.
- Teichowa, Alice (1988): Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei 1918–1980, Wien.
- Wagenknecht, Sahra (2009): Bis heute habe ich die Solidarität nicht vergessen. Redebeitrag von Sahra Wagenknecht auf der Konferenz »Geschichte in Geschichten« vom 4. Oktober 2009, zit. nach [www.sahra-wagenknecht.de](http://www.sahra-wagenknecht.de).
- Wiards, Mathias (2001): Krise im Realsozialismus, Hamburg.
- Wolle, Stefan (2005): Aufbruch in die Stagnation. Die DDR in den Sechzigerjahren, Bonn.
- Wolter, Ulf (Hg.; 1976): Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923–1928, 5 Bde., Berlin.